

# Merseburger Correspondent.

Verlagort:  
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Expedition: Holzgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Unverändertes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Vorzahlung. — 1 Mark  
pro Quartal durch den Herabrückler. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

No. 217.

Dienstag den 3. November.

1891.

Für die Monate November und Dezember werden Abonnements auf den  
**„Merseburger Correspondent“**  
zum Preise von 80 resp. 84 Pfg. von allen Postämtern, Buchhändlern, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inferate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweifelsprechendste Verbreitung.

## Die Wiederbesetzung des Erzbisthums Posen.

In der Polenpolitik der Regierung steht anscheinend eine grundsätzliche Wendung bevor. Nachdem neuerlich schon von offiziöser Seite eingestanden worden ist, daß für den seit langem ererbigen erzbischöflichen Sitz Posen-Ostpreußen ein „polnischer“ Prälat in Aussicht genommen sei, wird jetzt in der kasseler Presse zwar nicht der Propä v. Jagzewski, wohl aber der Propä Florian v. Stablewski, Mitglied des Reichshauses für Schrimm-Schroda Brieslau als Nachfolger des Erzbischofs Dindor genannt. Die Ernennung dieses Candidaten würde nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Abfolge für die „Antipolenpolitik“ des Fürsten Bismarck bedeuten. Wie der nur mit äußerlichen Mitteln betriebene „Kulturkampf“ in den deutschen Landestheilen den Ultramontanismus, so hat er in den polnischen das Polenium großgezogen. Hinterher wurden dann die Polenaustrreibungen ins Werk gesetzt und die „Antipolengesetze“ erlassen, um das künstlich großgezogene Gespinnst zu bekämpfen. Im Kulturkampf haben die Herren v. Jagzewski und v. Stablewski in der ersten Reihe der Kämpfer gestanden; aber nachdem die Maßregeln zu Erabe getragen sind, wird man den Siegern keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie die Herausforderung zum Kampfe angenommen haben. Erst nachdem der Kulturkampf aufgehört hat, haben die Polen oder wenigstens ein großer Theil derselben angefangen, sich wieder darauf zu besinnen, daß die preussischen Polen keinen Grund haben, ihre Stammesgenossen außerhalb der preussischen Grenzen zu beneiden. Wenn jetzt Herr v. Stablewski Erzbischof von Posen-Ostpreußen werden sollte, so verbannt die Polen das nicht an wenigsten dieser Rücksicht zu einer besonnenen Politik. Gerade Herr von Stablewski hat sich in dieser Hinsicht im Abgeordnetenhaus im Mai d. J. deutlich ausgesprochen. Er erklärte im Namen seiner Landleute, „daß wir diejenigen Verpflichtungen kennen und erfüllen wollen, welche wir dem Staate gegenüber haben, dem wir nach Gottes Rathschluß angehören, das wir deshalb diesen Staat schätzen und lieben wollen in alle dem, was seine Ehre, die Integrität seiner Grenzen, seine Machtstellung und Entwicklung anlangt, daß wir aber dabei Polen im preussischen Staate bleiben wollen, daß wir die Heiligthümer die uns von unseren Vätern überantwortet sind, nicht preisgeben wollen, unsere Nationalität, unsere Sprache, unsere geschichtlichen Erinnerungen.“ Weiterhin berief sich Herr v. Stablewski auf die polnische Presse zum Beweise dafür, daß sie die Institution einer polnischen Sonderstellung und Sonderbestrebung oder gar einer Loslösung dieser Provinzen von Deutschland von sich wisse. Weder als Katholik noch als Polen könnten sie sich nach Rußland sehnen; sie seien Kinder der westlichen Civilisation, gehörten nicht zum Dniepr, sondern zum Weizen u. s. w. Von unserem Standpunkte aus ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß auch das Märchen von der Reichs- oder Staatsfeindschaft der Polen endlich zu Erabe getragen wird. Die preussische Bevölkerung kennt weder Dniepr noch Polen, sondern nur gleichberechtigte Staatsbürger. Von diesem Standpunkte aus hätten wir Freisinnige gegen die Ernennung eines polnischen Prälaten zum Erzbischof einer vorwiegend polnischen Diöcese nichts einzuwenden. Bedenken können nur aufstehen, wenn die Regierung auf dem Gebiete der Schulpolitik keinen Rückschritt bis hinter die baltische Zeit unternehmen sollte. Niemand

denkt an eine gewaltsame Germanisirung der Polen, andererseits aber soll man auch den Polen nicht die Hand bieten zu einer Polonisirung der Deutschen. Wir wollen ihre Sprache nicht antastet; aber wir müssen dabei voraussetzen, daß die Polen sich bemüht sind ihrer Pflichten als Angehörige eines deutschen Staats und daß sie die Verpflichtung anerkennen, die heranwachsende Jugend zum Birkändnis der deutschen Sprache und des deutschen Staates auszubilden. Und deshalb müssen wir der Forderung polnischen Unterrichts in der Volksschule nach wie vor entgegen treten. Die Polen sollen nicht Polen im preussischen Staate sein, wie Herr v. Stablewski sich ausdrückt, nicht preussische Polen, sondern polnische Preußen. Und deshalb müssen wir daran festhalten, daß in der Volksschule die deutsche Sprache die herrschende bleibt und daß die polnische Sprache nur insoweit zu berücksichtigen ist, als sie zur Erreichung der Schulzwecke der polnischen Mitbürger erforderlich ist. Wenn die Regierung an dieser Auffassung festhält, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch die Ernennung des Herrn v. Stablewski zum Erzbischof von Posen-Ostpreußen einen Gegner ihrer Schulpolitik zum Fürstenthum von Polen machen würde.

## Politische Uebersicht.

Die Wahlfalschung des österreichischen Antisemitentführers Schneider und deren stillschweigende Duldung durch seine parlamentarischen Oestimmungsgenossen scheint endlich auch den anhängigeren Elementen in jenen Kreisen die Augen geöffnet zu haben. Die Abgeordneten Kraus und Pernerstorfer sind aus dem Club der deutschen Nationalpartei ausgetreten, weil einige Mitglieder desselben nicht für das Mißbilligungsvotum gegen Schneider gestimmt hatten, trotzdem aber im Club geblieben waren. Andererseits aber wird der Club einigen Zug aus der rein antisemitischen Freien Vereinigung für wirtschaftliche Reform auf christlicher Grundlage, der Schneider angehört, erhalten, da es mehreren Abgeordneten nicht mehr paßt, mit einem Wahlfälscher in einer Partei zusammenzujagen. Man wird daher in Zukunft die österreichischen Antisemiten in drei Gruppen zu theilen haben, die je nach dem Grade ihrer Anhänglichkeit nach abwärts zu rangiren, wobei die Schneider-Lichtensteinsche Gruppe selbstverständlich auf der tiefsten Stufe steht. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus brachte der Handelsminister einen Gesetzentwurf ein, betreffend die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit der Türkei, Bulgarien, Spanien und Portugal, ferner aber eine im Jahre 1895 zur Feier des zehnjährigen Bestehens des ungarischen Staates in Pest abzuhaltende Landesausstellung. Der Abgeordnete Otto Hermann brachte eine Interpellation an den Außenminister und den Justizminister ein wegen der Mißbräuche auf den Westrennpfählen in Wien und Pest, sowie wegen Reinigung der Westrennen vom Spiel zur Wahrung ihrer ursprünglichen Bestimmung zur Hebung der Pferdezucht, Prüfung des Spieles am Totalfaktor vom strafrechtlichen Gesichtspunkte aus und eventuelle Verträge eines bürgerlichen Gesetzentwurfes. In der Motivierung der Interpellation forderte der Interpellant die Abschaffung des Totalfaktors. Die Rückreise des Zaren nach Rußland wurde zu einer reinen Komödie der Zerungen. In den letzten Tagen sind fast sämmtlich die Ruffeßpositionen geändert worden. Nachdem bis zum Freitag die Presse auf alle Fälle zur See nach Danzig erfolgen sollte, wurde plötzlich der Landweg in Aussicht genommen; ebenso plötzlich ist dann aber wieder auf den ursprünglichen Ruffenplan zurückgegriffen worden, und dementsprechend ist die russische Kaiserfamilie „Polarnern“ mit der russischen Kaiserfamilie und dem König und der Königin von Dänemark am Vord Freitag Nachmittag nach Danzig abgegangen und Sonnabend früh dort eingetroffen. Nach kurzem

Aufenthalte setzte die Zarenfamilie die Weiterreise in dem bereitstehenden Hofzuge fort. — Eine russische Grenzverletzung wird wieder einmal von der preussisch-russischen Grenze gemeldet. Ein Bauer Dobral, der in einem dicht an der Grenze gelegenen Dorfe einen Verwandten besucht, wurde auf preussischem Gebiet von russischen Grenzwächtern, die behaupteten, er sei schon auf der russischen Seite, unter größtlichen Mißhandlungen verhaftet und trotz einer Bürgschaft, welche seine Verwandten hinterlegten, bisher nicht freigelassen. Eine von seinem diesseitigen Verwandten bei dem Landratsamte Sirelno ergangene Anzeige hatte zur Folge, daß in einem von dem Landrathe in Kobelnitz anberaumten Termin, zu dem auch der russische Agent erschienen, festgesetzt wurde, daß die Verhaftung thatsächlich auf preussischem Gebiete und zwar 75 Meter von der Grenze entfernt, stattgefunden habe. Nach dieser Feststellung wurde ein Termin in Rußland anberaumt, zu dem auch der Schwager des Dobral geladen wurde. Dieser wollte anfänglich nicht zu demselben erscheinen, besaß sich aber auf vieles Zureden doch dorthin. Der Termin ist bereits vor 14 Tagen in Mesjama abgehalten, aber weder Dobral noch sein Schwager ist bis heute zurückgekehrt. Es sind bereits weitere Schritte seitens der preussischen Behörden gemacht worden, um die Freilassung der beiden Verhafteten zu erwirken.

Betreffs der Räumung Aegyptens haben die Ausführungen, welche der französische Minister des Auswärtigen, Ribot, in seiner letzten Budgetrede in der französischen Deputirtenkammer gemacht hat, in England sehr verknüpft. Man sieht sich besonders verlegt durch die Andeutung, daß Frankreich, wenn dazu aufgefordert, bereit sein würde, mit Europa an dem Besuche theilzunehmen, neue Garantien seitens Großbritannien für eine künftige Räumung des Nilstals zu verlangen. Der „Standard“ giebt dieser Mißstimmung in einem längeren polemischen Artikel Ausdruck, der zwar die Verpflichtung England anzuerkennt, die gegenwärtige Besetzung Aegyptens zu beibehalten, zugleich aber daran erinnert, daß an die beglückten Verprechungen Englands seit die Verbindung geknüpft worden, daß Aegypten in der Lage sein müsse, nicht nur einem Angriff von Aussen allein widerstehen, sondern auch jede innere administrative Corruption und Verwirthung verhindern zu können. Der Artikel wendet sich sodann gegen die französische Darstellung, als ob England i. J. seine Truppen nach Aegypten gesandt habe, um Frankreich zuvorzukommen, und auch nur deshalb die Verwaltung, Arbeit im Nilstal vollführt hätte, der gegenüber er mittheilt, daß Frankreich und Italien i. J. von England zu einem gemeinsamen Vorgehen in Aegypten aufgefordert worden seien, dieses aber abgelehnt hätten, so daß England allein vorgehen und auch die Interessen der anderen Staaten mit wahrnehmen mußte. Die Engländer seien nicht in Aegypten aus Furcht oder Eifersucht gegen Frankreich, sondern aus Gründen, welche mit diesem Lande in Verbindung stehen, im Interesse von Aegypten selbst, im Interesse der Türkei, im Interesse von Europa und endlich im Interesse des britischen Reichs; sie würden die übernommene Aufgabe nicht eher aufgeben, als bis dieselbe gelöst und beendet sei. Der „Standard“ wirft zum Schluß den Franzosen vor, daß sie nur darum Eintritten in Aegypten versuchten, um England willig zu machen, unter der Bedingung der Gatheißung der ägyptischen Verhältnisse anderen politischen Aktionen Frankreichs zuzustimmen. Frankreich wolle gekauft werden; Englands Position in Aegypten sei aber so klar, so einfach, so natürlich, so gerechtfertigt, daß kein Grund vorliege, eine Zustimmung zu erwirken, welche England zwar gern befehen würde, aber welche nicht unerlässlich notwendig ist. — Die Ausführungen des „Standard“ entsprechen den Anschauungen, welche die englische Regierung in der letzten Zeit bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hat. Auch eine neuerliche Rede des ersten Lords der

Admiralität, Lord Hamilton in Edinburgh weist den Gedanken einer Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten gegenwärtig weit zurück.

Die Parnellisten in Irland greifen bereit zum Mordanschlag, um die Führerschaft der irischen Partei zu erlangen. Die Polizei hat, wie verlautet, Kenntnis von einer Verschwörung zur Ermordung D'Orleans erhalten. Mit dazugehörigen Mitteln dürften die Parnellisten Kanakler ihren politischen Kredit bald vollständig zu Grunde gerichtet haben.

Die Lage auf Samoa scheint in Folge von Streitigkeiten der Vertreter der Vertragsmächte unter einander wieder einmal kritisch geworden zu sein. Wie dem „D. B. H.“ aus Newyork angezeigt wird, hat Baron Senff von Pilsach „unter dem Druck der fremden Consuln“ am 15. October sein Entlassungsgesuch eingereicht. Herr von Pilsach war deutscher Vorgesandter des Gemeinderaths von Samoa und Rathgeber des „Königs“ Mafalea und der Regierung. Nach einer weiteren „Herbst“-Weilung aus Newyork hat Mafalea auf den Rath Pilsachs den König Mafalea in einer Proclamation als Rebellin erklärt. Vor Pilsachs' Rücktritt haben die Consuln der anderen Vertragsmächte, also Englands und Amerikas, eine Denkschrift verfaßt, worin unter Hinweis auf Pilsachs' Unersahbarkeit und wegen seines rückstichlosen Benehmens im Amt, um seine Rückberufung gebeten wurde. Das Memorial war von allen fremden Einwohnern in Apia, einige Deutsche ausgenommen, unterzeichnet. Zwei Tage vor seinem Rücktritt künftige Pilsach seine Absicht an die Archäe und Gelder dem Herrn Weber, Geschäftsführer einer deutschen Firma, übergeben zu wollen. Letzterer war interimsweise zum Präsidenten ernannt worden. Die fremden Consuln eröbden jedoch Einspruch dagegen, weil dieses Verfahren die Befugnisse Pilsachs' überschreite. Baron Pilsach soll nunmehr um die Erlaubnis gebeten haben, seinen Rücktritt widerrufen zu dürfen. Der „König“ erklärte indess, daß ihm kein Recht zur Ertheilung der Erlaubnis zustehe; gleichwohl verließ er Pilsach an die Mächte. — Zur Beurtheilung der Sachlage muß man vor der Hand weitere Mittheilungen abwarten. Es scheint sich diesmal fast mehr um Personensagen, als um Fragen von politischer Tragweite zu handeln.

In Romänien kehrt wieder ein Ministerzeile bevor. Der Ministerpräsident Catin hat vergeblich versucht, dem Ministerium durch Fühlung mit der nationalliberalen Partei Ioan Vatanius' und Demeter Sturza's eine feste Gestaltung zu geben, und ist wegen der unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Cabinetsergänzung regierungsmüde geworden.

Die Vermittelungen zwischen Chile und den Vereinigten Staaten haben bisher ihren ersten Charakter beibehalten. Die Hauptschwierigkeit, über welche die Regierung der Vereinigten Staaten nicht leicht hinweg kann, bildet die Anwesenheit des in Chile misliebigen Gesandten Dr. Ugans in Santiago. Nach seiner Abberufung dürfte die chilenische Regierung eher den Vereinigten Staaten jede Genugthuung gewähren, die in ihrer Macht steht. Der chilenische Gesandte in Washington soll auch bereits den Antrag erhalten haben, die Abberufung Dr. Ugans zu verlangen, und Staatssekretär Blaine diese Abberufung bereits veranlaßt zu haben. Dies Gegenkommen würde beweisen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten daran liegt, den Streit möglichst auf friedlichem Wege beizulegen. Von denselben werden auch die bisherigen alarmirten Nachrichten dementsiv, so die Meldung, daß das Cabinet der Vereinigten Staaten beschlossen habe, Chile den Krieg zu erklären, ebenso, daß die Marinecircularle den Befehl erhalten hätten, Kreuzfahrtskreuzer zur Abfahrt bereit zu halten.

### Deutschland.

Berlin, 2. Nov. Der Kaiser hat am Sonnabend Abend Liebenberg wieder verlassen und die Rückreise auf der Sietziner Bahn über Berlin bis zur Station Wildpark angetreten. Um 10 Uhr 53 Minuten traf der Kaiser im bismarckschen dort wieder ein und begab sich sofort zu Wagen nach dem Neuen Palais. Oestern Vormittag arbeitete der Kaiser zunächst allein. Gegen 10 Uhr begab sich das kaiserliche Paar zu Wagen nach Potsdam und wohnte dort dem Gottesdienst in der Friedenskirche bei. Später fand im Neuen Palais die Frühstücksstafel statt, zu der u. a. die erzbischoflich meiningischen Herrschaften u. der Kronprinz von Schweden eingeladen waren. Nachmittags um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr kam der Kaiser mit dem schiffplanmäßigen Zuge nach Berlin, um der Entfaltung des Begab-Brunnens auf dem Schloßplatz beizuwohnen. Nachdem der Kaiser dann noch kurze Zeit in Berlin verweilt, kehrte er nach dem Neuen Palais zurück. — Die Kaiserin traf am Sonnabend Abend 11 Uhr 45 Min. im besten Wohlsein, von Cera kommend, auf der Wildparkstation wieder ein und begab sich sofort zu Wagen nach dem

Neuen Palais. Bei der Ankunft wurde die Kaiserin von ihrem Gemahl erwartet.

— (An Reichshaushaltsetats) sind dem Bundesrath noch ferner zugegangen die Etats des Auswärtigen Amtes, des Reichsamts des Innern, des Reichs Invalidenfonds, der Reichsdruckerei und der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen.

— (Zum neuen Marineetat.) Eine erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Marine ist in dem neuen Reichshaushaltetat für 1892/93 beabsichtigt. Zugleich ist eine dauernde Besetzung der südamerikanischen Stationen in Aussicht genommen. Weiterhin soll die Mandorflotte eine Erweiterung erfahren, ein Schiff zur Ausbildung in Artilleriebetrieb dauernd in Dienst gestellt werden und ebenso ein dritter Aviso. Die „Annalen für Hydrographie“ sollen aufrüstend von der Seemarine herausgegeben werden. Die Seemarine wird durch eine entsprechende Persönlichkeit ergänzt. Für die evangelischen Mannschaften auf den kaiserlichen Kriegsschiffen wird an Sonn- und Festtagen Gottesdienst mit Gesang abgehalten, wofür aus Marinefonds Erheblicher Betrag bewilligt worden. Da mit den katholischen Mannschaften der Schiffe wegen ihrer geringen Anzahl eine besondere gottesdienstliche Feier nicht abgehalten werden kann, so sollen jetzt zur Vertheilung an die Mannschaften katholische Gebetsbücher zur Verlesung an den Festtagen und in den dienstreifen Stunden angekauft werden.

— (Minister Herzfurth) wird gegenüber dem Angriff der „Kreuzzeitung“ von der „Post“ in Schutz genommen. Wesentliche oder auf mit der Amtspflicht unvereinbare grobe Fahrlässigkeit zurückzuführende Rechtsverletzung oder Eingriffe in die bürgerliche Freiheit würden durch den Minister des Innern zur Zeit auf Rechnung zu rechnen haben. Die Aushebung des Kaisers zu einer Art des Mißtrauens gegenüber dem Minister stempeln zu wollen, dafür fehle es an jeder thatsächlichen Grundlage. Unausweichlich, so heißt es am Schluß des Artikels, dürfte schon die nächste Landtagssession einen neuen Beweis dafür liefern, wie großen Werth gerade der Minister Herrschaft auf die feste und energische Handhabung des politischen Sicherheitsdienstes legt, und zwar wie im Allgemeinen so insbesondere auch betriebs der Reichshauptstadt.

— (Aus dem Lager der Vobenabstige Reformen) ist neuerdings auch ein offener Brief an den Papst in die Welt getreten. Michael Klärstein, das Haupt derselben, hat ihn statieren lassen. Die Botschaft ist zu übel nicht. Bei dem Gewicht, das die katholische Kirche neuerdings erhalten hat, wäre es eine mächtige Förderung der Voben-Reformer, wenn vom Vatikan aus die Parole an die katholische Welt erginge, sich diese Sache einmal freundschaftlich anzusehen. Statt des Vortheils, von dem es zweifelhaft ist, ob er den Michael Klärstein'schen offenen Brief in die Hand bekommen und lesen wird, antwortet inzwischen die deutsche ultramontane Press. Nur ein Moment sei dabei als werthvoll hervorgehoben. Klärstein operirt mit der Behauptung, daß das Ultrathem auf dem Communismus beruht habe. Er folgert daraus, daß das Sonder-eigentum an Grund und Boden und die capitalistische Ausbeutung des Grundbesitzes sich mit dem Christenthum nicht vertragen, daß der Papst also der wahre Hort des Christenthums sein werde, wenn er sich gegen Sonder-eigentum und capitalistische Ausbeutung erkläre. Darauf erwidern die Centrumblätter mit Anführungen aus der Bibel, die sich natürlich schwer widerlegen lassen. Wenn neulich in diesem Blatte von der Lesbrüde gesprochen war, welche Theologen aus dem orthodoxen in das sozialistische Lager zu schlagen bemüht sind, so haben wir es hier mit einem Versuch zu thun, eine solche Brücke aus dem Bannkreise immerhin sozialistischer Anschauungen heraus nach demjenigen der Kirche zu bauen, und diese ganz Frage, die neuerdings Wichtigkeit erlangt hat, sollte nicht allein vom dogmatischen und confessionellen Standpunkte aus beantwortet werden. Jedermann hat vielmehr das Recht und die Pflicht, zu ihr Stellung zu nehmen.

— (Trost in Thüränen) In ihrer Vergeßlichkeit über die schwere Niederlage im Wahlkreise Stolp-Lauenburg eiltren die konservativen Blätter triumphirend die Bemerkung des „Vorwärts“, die Deutschfreisinnigen hätten in jenem Wahlkreise doch nur das Recht für die Sozialdemokratie gebaut. In solchen rückwärtigen Freisen, die für den Sozialismus noch nicht reif sind, sei der Freisinn ein trefflicher Pionier für die Sozialdemokratie. Daß die Sozialdemokratie, die es in Stolp-Lauenburg trotz aller Robomontaden nur auf ein paar Hundert Stimmen gebracht habe, sich mit der „Marx's“ der Bevölkerung für ihre Ideen zu trösten suchen, beweist man schon. Die Bismarck'sche Phrase von der „Vorsicht der Sozialdemokratie“ kommt ihnen da gerade zurecht. Die Konservativen oder möchten bei einigem Nachdenken — falls sie dessen noch fähig sind — erkennen, daß die freisinnige Partei die vorwiegend

ländliche Bevölkerung des Kreises gegen die Beförderung durch die Sozialdemokratie schützt, indem sie ihr zeigt, daß auch eine bürgerliche Partei zur Hand ist, welche den Kampf gegen den Eigennutz der Agrarier mit Umsicht und Erfolg aufnimmt. Die wirkliche Vorherrschaft der Sozialdemokratie ist nicht der Freisinn, der gleiches Recht für Alle fordert, sondern die Bannerträger der politischen Bevormundung und der wirtschaftlichen Ausbeutung der Schwachen.

— (Zu der Candidatur des freisinnigen Regierungsrath a. D. Dr. Papellier) im Wahlkreise Bayreuth-Bunzlau (Erfassung für Frankfurt), bemerkt die „Germania“, die Freisinnigen dürften dort um so mehr günstige Ausichten haben, als in diesem Wahlkreise das freisinnige Element ungleich stärker vertreten ist, als im Stolper Kreise und schon bei der letzten Wahl Frankfurt nur mit geringer Mehrheit über den freisinnigen Candidaten siegte. Außerdem dürfte der moralische Eindruck, welchen der eben errungene Sieg namentlich im Kartelllager unverkennbar gemacht hat, ebenfalls den Freisinnigen sehr zu statten kommen.

— (Widow) und v. Helmholz's Freier.) Am 2. November wird ein Commerc der Sudrenten zur Feier der 70 jährigen Geburtstage der Professoress von Helmholz und Widow stattfinden. Vor einigen Tagen meldete die „Kreuzzeitung“ sowohl der „Verein deutscher Studenten“, wie die farbentragenden Corporationen hätten ihre Beteiligungen an dem Commerc abgelehnt, „da es bisher nicht möglich gewesen ist, von Prof. Dr. Widow eine befriedigende, die Verweigerung geschulter politischer Demonstration auf dem Commerc gewährleistende Antwort zu erhalten“. In einer Zuschrift an die Redaction der „Nat.-Ztg.“ erklärte heute Herr Widow: „Da meines Wissens Niemand eine derartige Frage an mich gerichtet hat, so war ich bisher nicht in der Lage, eine befriedigende, noch überhaupt eine Antwort zu ertheilen. Der Gedanke, daß Studenten einen für meinen Collegen Helmholz und mich bestimmten Commerc zu einer politischen Demonstration benutzen würden, ist an sich ein so furchtbarer, daß es mir durchaus fern gelegen hat, daran überhaupt zu denken.“ Gleichzeitig veröffentlicht das System eine Erwiderung auf die Mittheilung der „Kreuzzeitung“, aus der hervorgeht, daß ein Theil der farbentragenden Verbindungen von Anfang an seine Nichtbetheiligung an dem Commerc erklärt hat. Von einer Absage aller farbentragenden Corporationen und des „Vereins deutscher Studenten“ scheint dem Comite nichts bekannt zu sein. Gleichwohl erklärt dasselbe, „nach alles gesehen ist und gesehen wird, um jenen Ehrentag zweier großen und einander freundschaftlich verbundenen Universitätslehrer und Forscher von jeder Trübung durch Erörterungen frei zu halten, welche innerlich der Studentenchaft trennend wirken.“ Die Beunruhigungen, denen diese Erklärungen entgegenwirken sollen, sind anscheinend durch den Seitenblick auf die politische Thätigkeit Widow's in dem Schreiben des Kaisers an Prof. v. Helmholz veranlaßt worden.

— (Der erste Austrittsbeschluss eines Gewerkevereins seit 1873) ist am 26. October seitens des Gewerkevereins der Porzellanarbeiter u. s. w. und des Reichsverbandes Dresden erfolgt. In der Generalversammlung wurde nach dem Refrat des Herrn By über die Arbeitsverhältnisse der Porzellanarbeiter die Forderung des neunundzwanzigsten Maximalarbeitstages und der geistlichen Festigung der Accorarbeit beschlossen und demnach der Austritt aus dem Gewerkevereinsverbande mit 19 gegen 1 Stimme beschlossen.

— (Colonialpolitik.) Der Zug Emin Pascha's in seine frühere ägyptische Requiritoriale Provinz hat bisanfällig in England Besorgnisse hervorgerufen wegen der Schädigung der englischen Interessen. Die ministerielle Londoner „Morningpost“ hatte bei dem Bekanntwerden der betreffenden Mittheilung des „Reichsanzeiger“ eventuell Entscheidung seitens der deutschen Regierung für England gefordert. Jetzt theilt dasselbe Blatt mit, die deutsche Regierung habe der englischen Regierung freiwillig und prompt die wünsch, befriedigenden Vorstellungen ertheilt, daß deutsche Interessen und Beamte in Ostafrika angehalten werden würden, die zwischen beiden Mächten bestehenden Verträge auf das genaueste zu beobachten. Keinerlei Verletzung derselben würde geduldet werden. Diese Versicherungen bezögen sich unmittelbar auf die Thatsache, daß, wie der kaiserlichen Regierung gemeldet worden, Dr. Peters längst billiges Gebiet in der Nachbarschaft des Berges Kilimandscharo betreten habe. Peters sei in gebietlicher Weise beauftragt worden, er müsse seine Thätigkeit auf das deutsch-vorbestaltene Landgebiet beschränken. — Nach einer der Befähigung bedürftigen Nachricht des „Berl. Tagebl.“ hat Emin die Absicht, Afrika in nordwestlicher Richtung zu durchqueren, um entweder Kamerun oder Marokko zu erreichen.



# Concurssmassen-Ausverkauf

**Markt Nr. 19.**

Die Restbestände der Mißlassigen Concurssmasse, bestehend in feinsten Tuchen, Buckskins und Paletotstoffen, werden zum niedrigsten Verkaufspreise abgegeben.

## Deutsche Antisklaverei-Geld-Lotterie.

200 000 Loose in zwei Ziehungen mit 15930 Gewinnen im Betrage von

**4 Millionen Mark**

ohne jeden Abzug bei der Nationalbank für Deutschland in Berlin W. zahlbar.  
Hauptgewinn: Mk. 600 000, 300 000, 150 000, 125 000, 100 000, 75 000 etc.

Original-Loose I. Klasse:  $\frac{1}{10}$  2/10 4/20 6/30 10/50 21/- Mark.  
Ziehung am 24.-26. Novbr. 1891 = 2/10 4/20 6/30 10/50 21/- Mark.

Jeder Inhaber eines Loose erster Klasse hat das Recht, dasselbe gegen Zahlung des Renovationsbetrages bis 4 Januar 1892 zu erneuern. Die in erster Klasse gezogenen Loose fallen in zweiter Klasse aus.

**Carl Heintze, General-Debitur, Berlin W., Unter den Linden 3.**

Die Bestellungen sind auf dem Coupon der Postanweisungen niederzuschreiben und sind 10 Pf. für Porto und 20 Pf. für eine Gewinnliste mehr einzuzahlen.

**P. P.**

Hierdurch beehre ich mich einem geehrten Publikum ergebenst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage die Bewirtschaftung des

## Gasthofes drei Kronen,

**Dauchstädter Straße 19,**

nach vollständiger Renovierung übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, stets für beste Speisen und Getränke Sorge zu tragen und bitte, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtung

**H. Augustin Hoffmann,**

früher Inhaber der „Linde“ in Apolda.

**Kleine Dampfsgöpel, Dampfdreschmaschinen 2 bis 6000 Mt., Fegen, Pflüge mit 1, 2, 3 Scharen, Drills**

**Häckselm., Schrotm., Rübenscheidmaschinen, bewährte Kartoffelerntemaschine, Ringel-, Croscill-, Cambridge-Walzen, neueste Krümmer-Egge, Göpel-Dreschmaschinen, Stift- und Breitdrescher, baut und giebt auf Probe**

**Alw. Taatz, Halle a/S., Conc. Besw.**

Agenten und Vertreter gesucht.

Halbwoll. doppeltbr. Lady Tweed ganze Robe: 4 Mt. à 2,50 und 3,00 Mt., empfiehlt in nur modernen eleganten Mustern **Fritz Roenneke, Johannisstrasse 17.**

**Ausverkauf in Kleiderstoffen.** Wegen Aufgabe dieses Artikels verkaufe mein ganzes Lager in Kleiderstoffen zu und unter Einkaufspreis aus. **A. Günther, Markt 19.**

# H. Agte, Merseburg, Markt 8,

Manufactur und Modewaaren.

Specialität: **Fertige Betten,** Matratzen mit Keilkissen und Bettstellen.

Grosses Lager: **Bettfedern und Daunen** in nur guter doppelt gereinigter, staubfreier Waare.

Auf sämtliche Artikel gewähre bei Baarzahlung von 3 Mark an **5 Prozent Rabatt.**

**Streng reelle Bedienung.**

**Solide Preise.**

## Wascheneöl, Wagenfett,

$\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{8}$  Ctr. blüht ab meinem Fabriklager. **C. Mayer, Antschäuser 8.**

Frischen Seedorf, frische englische Ausern, frische Sätze

empfehlen **C. L. Zimmermann.**

## Ausverkauf

in billigen Porzellan-, feinen Goldtassen (à Paar von 10 Pf. ab) und noch vielen anderen Gebrauchsartikeln.

Etete am Verkaufsberein **Wetzel, Naiba (Müringen).**

**Karl Fleischer, Lützen, Filzfabrik,**

empfehlen seine Fabrikate in allerhöchster Güte (Handarbeit).  
Stand: Markt neben dem Leisiger 50 Pf. Baar.

## Preisgekrönte Pianinos

von 440—800 Mt. empfiehlt **Herm. Rösch, Gotthardstraße 21.**

Reparaturen und Stimmungen befördert **H. O.**

## Wichtig für Mütter!

Nur allein die von **Gebroder Gehrig, Hoffmann u. Späthler, Berlin, Lindenstr. Nr. 96/97,** früher Pfeifferstr. Nr. 16, erfundenen **Jahrbalsambänder** sind seit Jahren das anerkannt einzige bewährte Mittel, Kindern das Zahnen leicht und schmerzlos zu befördern, Unruhe und Schlaftrümpfe fernzujagen. Beim Einkauf bitten genau auf unsere Signe zu achten. In **Merseburg** hat zu haben in beiden Apotheken.

**Heute Dienstag** hausälteste Wurst. **Otto Zachow.**

## Funkenburg.

Sollte Jemand von meinen werthen Freunden u. Gönnern zu meiner heute Dienstag den 3. November stattfindenden

## Kirmess

mit dem Circular übergegangen worden sein, so lade ich dieselben hiermit freundlichst ein.

## Wiesnack.

**Hubold's Restauration.** Morgen Mittwoch Schlachtfest.

Ein reichliches vorzügliches Braten auf Band wird geführt. Zu erfragen **Prengerstraße 2.**

## I. Künstler-Concert im Königl. Schlossgarten salon

**Mittwoch den 11. November, abends 7 Uhr.**

Solisten: Frau **Terena Carreno** und königlicher Hofopernsänger Herr **Paul Jensen.**

Abonnementsbillets zu nummerirten Plätzen für alle 3 Concerte à 6 Mt., Einzeltickets zu dem ersten Concert nummerirt à 3 Mt., nicht nummerirt à 2 Mt. in der **Stollberg'schen Buchhandlung.**

## Theater in Merseburg. Reichskrone.

Gastspiel des Weissenfasser Stadttheater-Ensemble unter der Direction **Otto Denyer.**

**Donnerstag den 5. Novbr. 1891.** Unter Mitwirkung des gesammten Trompetercorps unter Leitung des Stadtkomponisten Herrn **Enger.**

## Größte Neuheit der Saison!

Nach nie dagewesener Erfolg. **Falsche Heilige.**

Schauspiel in 4 Akten von **Oskar Reimann** in Berlin, Hamburg, Dresden etc. mit sensationellem Erfolg aufgeführt. **Ullrich-Vorverkauf** hat Herr **R. W. Bennet** übernommen.

**Preise wie bekannt.**

**Berein für Gesundheitspflege.** Freitag den 6. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung im „goldnen Stern“. **Der Vorstand.**

## Wer guten, Beschäftigter oder ital. Niesengüsse (coliciale Egere) gut u. billig beziehen will, verlange Preisliste von **J. Kemmer, Gestellhof in Wismar a/Ob.**

Eine unang. Frau als Aufwartung gesucht. **Stand 7 L.**

Ein gold. Ring mit kleinen Schmelz in der Nähe des Wastes verloren worden. Bitte gegen Entlohnung **Hagmarkt 2** abzugeben.

Die gegen die Frau **Gand** ausgesprochene Verleumdung, sie habe Verleumdungen, nehme ich, da in Uebereinstimmung gestanden, als unangenehm zurück.

Herr **Agne P. Albrecht.**

## Höchste und niedrigste Marktpreise

	vom 25. bis mit 31. October 1891.
Weizen, pr. 100 Kl.	23.80 bis 22.-
Roggen, do.	25.40 bis 24.-
Gerste, do.	20.- bis 17.-
Hafer, do.	16.50 bis 15.-
Erbsen, do.	25.- bis 20.-
Bohnen, do.	42.- bis 20.-
Hülsenfrüchte, do.	23.- bis 20.-
Kartoffeln, do.	7.50 bis 7.-
Rindfleisch (von der Seele), pro Kilo	1.70 bis 1.30
Schweinefleisch, do.	1.30 bis 1.30
Schaffleisch, do.	1.60 bis 1.30
Schafschaf, do.	1.30 bis 1.30
Butter, do.	2.40 bis 2.20
Eier, pro Schuß	4.80 bis 4.40
Senf, pro 100 Kilo	6.50 bis 6.-
Stroß, do.	4.50 bis 4.-

Marktpreis der Ferkel in der Woche vom 25. bis mit 31. October 1891 pro Stück 4.50 Mt. bis 9.- Mt.

Hierzu eine Beilage.





# Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pf. durch den Hermtträger. — 1 Mark 35 Pf. durch die Post.

No. 217.

Dienstag den 3. November.

1891.

Für die Monate November und Dezember werden Abonnements auf den

## Merseburger Correspondent

zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Postämtern, Buchhändlern, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

### Die Wiederbesetzung des Erzbisthums Posen.

In der Polenpolitik der Regierung steht anscheinend eine grundsätzliche Wendung bevor. Nachdem neuerlich schon von offiziöser Seite eingestanden worden ist, daß für den seit langem erlöhigten erzbischöflichen Sitz Posen-Ostpreußen ein „polnischer“ Prälat in Aussicht genommen sei, wird jetzt in der klerikalen Presse zwar nicht der Propst v. Jagzewski, wohl aber der Propst Florian v. Stablewski, Mitglied des Reichstages für Schrimm-Schroda Bisthum als Nachfolger des Erzbischofs Dinter genannt. Die Nennung dieses Candidaten würde nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Abgabe für die „Nationalpolitik“ des Fürsten Bismarck bedeuten. Wie der nur mit äußerlichen Mitteln betriebene „Kulturkampf“ in den deutschen Landestheilen von Ultramontanen, so hat er in den polnischen das Polen-tum großgezogen. Hinterher wurden dann die Polenaustrreibungen ins Werk gesetzt und die „Antipolengesetze“ erlassen, um das künstlich großgezogene Gespinnst zu bekämpfen. Im Kulturkampf haben die Herren v. Jagzewski und v. Stablewski in der ersten Reihe der Kämpfer gestanden; aber nachdem die Maßregeln zu Grabe getragen sind, wird man den Siegern keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie die Herausforderung zum Kampfe angenommen haben. Erst nachdem der Kulturkampf aufgehört hat, haben die Polen oder wenigstens ein großer Theil derselben angefangen, sich wieder darauf zu besinnen, daß die preussischen Polen keinen Grund haben, ihre Stammesgenossen außerhalb der preussischen Grenzen zu beneiden. Wenn jetzt Herr v. Stablewski Erzbischof von Posen-Ostpreußen werden sollte, so verdanken die Polen das nicht am wenigsten dieser Rücksicht zu einer besonnenen Politik. Gerade Herr von Stablewski hat sich in dieser Hinsicht im Abgeordnetenhaus im Mai d. J. deutlich ausgesprochen. Er erklärte im Namen seiner Landleute, „daß wir diejenigen Verpflichtungen kennen und erfüllen wollen, welche wir dem Staate gegenüber haben, dem wir nach Gottes Rathschluß angehören, daß wir deshalb diesen Staat schützen und fügen wollen in alle dem, was seine Ehre, die Integrität seiner Grenzen, seine Machtstellung und Entwicklung anlangt, daß wir aber dabei Polen im preussischen Staate bleiben wollen, daß wir die Heiligthümer die uns von unseren Vätern überantwortet sind, nicht preisgeben wollen, unsere Nationalität, unsere Sprache, unsere geschichtlichen Erinnerungen.“ Weiterhin berief sich Herr v. Stablewski auf die polnische Poesie zum Beweise dafür, daß sie die Assimilation einer polnischen Sonderstellung und Sonderbestrebung oder gar einer Loslösung dieser Provinzen von Deutschland von sich wisse. Weder als Katholik noch als Polen könnten sie sich nach Rußland sehnen; sie seien Kinder der westlichen Civilisation, gehörten nicht zum Orient, sondern zum Westen u. s. w. Von unserem Standpunkte aus ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß auch das Wärdchen von der Reichs- oder Staatsfeindschaft der Polen endlich zu Grabe getragen wird. Die preussische Bevölkerung kennt weder Deutsche noch Polen, sondern nur gleichberechtigte Staatsbürger. Von diesem Standpunkte aus hätten wir Freisinnige gegen die Ernennung eines polnischen Prälaten zum Erzbischof einer vormals polnischen Diöcese nichts einzuwenden. Bedenken können nur aufkommen, wenn die Regierung auf dem Schilde der Schulpolitik keinen Rückschritt bis hinter die Falsche Zeit unternehmen sollte. Niemand

denkt an eine gewaltsame Germanisirung der Polen, andererseits aber soll man auch den Polen nicht die Hand bieten zu einer Polonisirung der Deutschen. Wir wollen ihre Sprache nicht antastet; aber wir müssen dabei voraussetzen, daß die Polen sich bemüht sind ihrer Pflichten als Angehörige eines deutschen Staats und daß sie die Verpflichtung anerkennen, die heranwachsende Jugend zum Birkändnis der deutschen Sprache und des deutschen Staats auszubilden. Und deshalb müssen wir der Forderung polnischen Unterrichtes in der Volksschule nach wie vor entgegen treten. Die Polen sollen nicht Polen im preussischen Staate sein, wie Herr v. Stablewski sich ausdrückt, nicht preussische Polen, sondern polnische Preußen. Und deshalb müssen wir daran festhalten, daß in der Volksschule die deutsche Sprache die herrschende bleibt und daß die polnische Sprache nur insoweit zu berücksichtigen ist, als sie zur Erreichung der Schulzwecke der polnischen Mitbürger erforderlich ist. Wenn die Regierung an dieser Auffassung festhält, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch die Ernennung des Herrn v. Stablewski zum Erzbischof von Posen-Ostpreußen einen Segen ihrer Schulpolitik zum Fortschritt von Polen machen würde.

### Politische Heberheit.

Die Wahlfälschung des österreicherischen Antisemitikers Schneider und deren stillschweigende Duldung durch seine parlamentarischen Gesinnungsgenossen scheint endlich auch den anständigeren Elementen in jenen Kreisen die Augen geöffnet zu haben. Die Abgeordneten Kraus und Bernerstorfer sind aus dem Club der deutschen Nationalpartei ausgetreten, weil einige Mitglieder derselben nicht für das Mißbilligungsvotum gegen Schneider gestimmt hatten, trotzdem aber im Club geblieben waren. Schneider aber, der sich einig

Aufenthalte setzte die Zarenfamilie die Weiterreise in dem bereitstehenden Hofzuge fort. — Eine russische Grenzverletzung wird wieder einmal von der preussisch-russischen Grenze gemeldet. Ein Bauer Dobral, der in einem dichten an der Grenze gelegenen Dorfe einen Verwandten besucht, wurde auf preussischem Gebiet von russischen Grenzwächtern, die behaupteten, er sei schon auf der russischen Seite, unter größtlichen Mißhandlungen verhaftet und trotz einer Bürgschaft, welche seine Verwandten hinterlegten, bisher nicht freigelassen. Eine von seinem diesseitigen Verwandten bei dem Landrathshauptmann Sirelno ergangene Anzeige hatte zur Folge, daß in einem von dem Landrath in Koblenz anberaumten Termin, zu dem auch der russische Agent erschienen, festgesetzt wurde, daß die Verhaftung thatsächlich auf preussischem Gebiete und zwar 75 Meilen von der Grenze entfernt, stattgefunden habe. Nach dieser Feststellung wurde ein Termin in Rußland anberaumt, zu dem auch der Schwager des Dobral geladen wurde. Dieser wollte anfänglich nicht zu demselben erscheinen, besaß sich aber auf vieles Zureden doch dorthin. Der Termin ist bereits vor 14 Tagen in Mesjama abgehalten, aber weder Dobral noch sein Schwager ist bis heute zurückgekehrt. Es sind bereits weitere Schritte seitens der preussischen Behörden gemacht worden, um die Freilassung der beiden Verhafteten zu erwirken.

Betreffs der Räumung Aegyptens haben die Ausführungen, welche der französische Minister des Auswärtigen, Ribot, in seiner letzten Budgetrede in der französischen Deputirtenkammer gemacht hat, in England sehr verknüpft. Man sieht sich besonders verlegt durch die Andeutung, daß Frankreich, wenn dazu aufgefordert, bereit sein würde, mit Europa an dem Besatze theilzunehmen, neue Garantien seitens Großbritanniens für eine längere Räumung des Nilthals zu verlangen. Der „Standard“ giebt dieser Mißstimmung in einem längeren polemischen Artikel Ausdruck, der zwar die Verpflichtung Englands anerkennt, die gegenwärtige Besetzung Aegyptens zu beibehalten, zugleich aber daran erinnert, daß an die bezüglichen Verpflichtungen Englands stets die Bedingung geknüpft worden, daß Aegypten in der Lage sein müsse, nicht nur einem Angriff von Außen allein widerstehen, sondern auch jede innere administrative Corruption und Verwirrung verhindern zu können. Der Artikel wendet sich sodann gegen die französische Darstellung, als ob England s. Z. seine Truppen nach Aegypten gesandt habe, um Frankreich zu unterstützen, und auch deshalb die Verwaltung, welche mit diesem Lande in Verbindung stand, im Interesse von Aegypten selbst, im Interesse der Türkei, im Interesse von Europa und endlich im Interesse des britischen Reichs; sie würden die übernommene Aufgabe nicht eher aufgeben, als bis dieselbe gelöst und beendet sei. Der „Standard“ wirt zum Schluß den Franzosen vor, daß sie nur darum Einwürfen in Aegypten versuchten, um England willig zu machen, unter der Bedingung der Aufhebung der ägyptischen Verhältnisse andere politische Aktionen Frankreichs zuzustimmen. Frankreich wolle gekaufte werden; Englands Position in Aegypten sei aber so klar, so einfach, so natürlich, so gerechtfertigt, daß kein Grund vorliege, eine Zustimmung zu erwirken, welche England zwar gern befehen würde, aber welche nicht unerlässlich notwendig ist. — Die Ausführungen des „Standard“ entsprechen den Anschauungen, welche die englische Regierung in der letzten Zeit bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hat. Auch eine neuerliche Rede des ersten Lords der



sicht genommen; ebenso pöchtig ist dank aber wieder auf den ursprünglichen Mission zurückgegriffen worden, und beweisend ist die russische Kaiserfamilie „Polarnern“ mit der russischen Kaiserfamilie und dem König und der Königin von Dänemark an Bord Freitag Nachmittag nach Danzig abgegangen und Sonnabend früh dort eingetroffen. Nach largem